

## **Wichtige Zusatzinformation zum Förderaufruf:**

### ***„Förderaufruf für die Entwicklung von wirkungszentrierten Konzepten und Projekten zur Prävention von politisch-motiviertem Extremismus“***

Ergänzende Informationen zum Zielbereich 1 b):

*„Gefördert werden: Praxisbegleitung eines Forschungsprojekts der Universität Osnabrück mit dem Arbeitstitel „Tägliche Erfahrungen“. Das Projekt erforscht einen Peer-to-Peer-Präventionsansatz zur Stärkung einer positiven, auf freiheitlich-demokratischen Werten basierenden Identitätsentwicklung von Jugendlichen. Der Praxispartner bringt seine Perspektive in den Forschungsprozess ein, vermittelt Kontakt zu Schulen und begleitet die Umsetzung des Forschungsprojekts an den Schulen. (s. Anlage 2).“*

#### **1. Fachliche Voraussetzungen / Weitere Fördervoraussetzungen**

Die folgenden unter 2.3. aufgeführten Punkte gelten ausschließlich für Förderbereich 1a), für den Förderbereich 1b) finden sie keine Anwendung:

- *Die Konzeptentwürfe werden dem LPR bis spätestens 15.10.2020 zur Verfügung gestellt.*
- *Die Konzeptentwürfe werden mit den ab dem 15.10.2020 zur Verfügung stehenden Ergebnissen der vom LPR zusätzlich beauftragten Studie zur generellen und spezifischen Prävention des Linksextremismus abgeglichen und ggf. angepasst.*
- *Die Konzepte sind bis Ende 2020 fertiggestellt und an den LPR übersandt.*

#### **2. Allgemeine Fördervoraussetzungen**

- a. Von den für das Förderziel 1 b) vorgesehenen maximalen Zuwendungsmitteln in Höhe von 25.000 sind 5.000 € für die Vergütung des Aufwandes der teilnehmenden Schüler\*innen und Eltern vorgesehen. Diese Mittel sind zur Auszahlung an die Universität Osnabrück

weiterzuleiten. Dies ist bei der Einreichung des Kosten- und Finanzierungsplans zu berücksichtigen.

- b. Die genannte Option auf eine anschließende finanzielle Förderung bezieht sich für den Förderbereich 1 b) auf eine Förderung der Entwicklung und Umsetzung des entwickelten Konzepts ab Anfang des Jahres 2021, sofern ein entsprechender neuer Förderungsantrag eingereicht und positiv beschieden wird.

Hannover 17.04.2020

Niedersächsisches Justizministerium